

Stand: 05.04.2026 03:37:16

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/14495

"Türkei: Fortsetzung der massiven Menschenrechtsverletzungen hat Einfrieren der Beitrittsverhandlungen zur Folge"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/14495 vom 30.11.2016
2. Beschluss des Plenums 17/14572 vom 30.11.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 88 vom 30.11.2016



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Kerstin Celine, Ulrich Leiner, Claudia Stamm** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Türkei: Fortsetzung der massiven Menschenrechtsverletzungen hat Einfrieren der Beitrittsverhandlungen zur Folge

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag

- verurteilt den gescheiterten Militärputsch in der Türkei und erkennt die legitime Pflicht der türkischen Behörden zur strafrechtlichen Verfolgung der Verantwortlichen und Beteiligten an;
- verurteilt gleichzeitig die repressiven und unverhältnismäßigen Maßnahmen der türkischen Regierung, die gegen die von der türkischen Verfassung geschützten grundlegenden Rechte und Freiheiten sowie gegen die demokratischen Werte verstoßen;
- stellt fest, dass die gescheiterte Machtübernahme durch das Militär von der Regierung der Türkei nicht als Vorwand dafür herangezogen werden darf, legitime und gewaltfreie Opposition zu unterdrücken und Journalisten und Medien daran zu hindern, friedlich ihr Recht auf freie Meinungsäußerung auszuüben, er ist zutiefst besorgt über die Schließung von über 150 Medieneinrichtungen;

- verurteilt die Verhaftungen, die unter Berufung auf den Ausnahmezustand ergriffen wurden, insbesondere von 10 Mitgliedern der Großen Nationalversammlung der Türkei, die der Oppositionspartei HDP angehören, von 150 Journalisten, von 2.386 Richtern und Staatsanwälten sowie von 40.000 weiteren Personen, von denen über 31.000 nach wie vor in Haft sind, verurteilt zudem die Suspendierung von 129.000 öffentlichen Bediensteten, von denen 66.000 weiterhin suspendiert sind und 63 000 entlassen wurden, in den meisten Fällen bis heute ohne Erhebung einer Anklage, ohne rechtstaatliches Verfahren;
- erwartet von der Türkei als Bewerberland und als wichtiger Partner Europas, dass sich die Türkei an die demokratischen Standards hält, insbesondere bezüglich der Achtung der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit, der Grundfreiheiten und des Rechts aller auf ein faires Verfahren.

Der Landtag

- stellt fest, dass aufgrund der schwerwiegenden und anhaltenden Verletzungen der für die Europäische Union grundlegenden Werte der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit in der Türkei die umgehende Aussetzung der Beitrittsverhandlungen unumgänglich ist und gleichzeitig deren Beseitigung Bedingung für eine mögliche Wiederaufnahme ist;
- stellt fest, dass die Wiedereinführung der Todesstrafe durch die türkische Regierung eine sofortige offizielle Aussetzung des Beitrittsprozesses zur Folge haben muss.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/14495

Türkei: Fortsetzung der massiven Menschenrechtsverletzungen hat Einfrieren der Beitrittsverhandlungen zur Folge

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Dr. Martin Huber

Abg. Christine Kamm

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann

Staatsministerin Dr. Beate Merk

Abg. Arif Taşdelen

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer, Josef Zellmeier u. a. und Fraktion (CSU)

Kein EU-Beitritt der Türkei (Drs. 17/14475)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Türkei: Fortsetzung der massiven Menschenrechtsverletzungen hat Einfrieren der Beitrittsverhandlungen zur Folge (Drs. 17/14495)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aussetzen (Drs. 17/14496)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. und Fraktion (SPD)

Beitrittsgespräche EU-Türkei aussetzen (Drs. 17/14497)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Dr. Martin Huber von der CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Martin Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Europa ist eine Wertegemeinschaft. Basis sind die Kopenhagener Kriterien: Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit sowie die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte

von Minderheiten. Wer Mitglied der EU werden will, muss sich an diese Werte und Regeln halten. Leider müssen wir feststellen, dass sich die Türkei unter Erdogan nicht zu Europa hin, sondern von Europa weg entwickelt hat. Anstatt für ein Europa zu stehen, das verbindet, fordert Erdogan zum Beispiel die in Deutschland lebenden Türken auf, Integration zu verweigern. Anstatt auf einer europäischen Türkei zu bestehen, will Erdogan eine Großtürkei schaffen. Ich zitiere den türkischen Präsidenten, der am 10. November dieses Jahres, am Todestag des türkischen Staatsgründers Atatürk, gesagt hat: "Wir werden nicht Gefangene auf 780.000 Quadratkilometern sein. Unsere Brüder auf der Krim, im Kaukasus, in Aleppo und Mossul mögen jenseits der physischen Grenzen sein, aber sie sind innerhalb der Grenzen unserer Herzen." – Haben wir da noch Fragen?

Innerhalb der Türkei agiert Erdogan ebenfalls nicht nach europäischen Maßstäben. Daher begrüßen wir das überwältigende fraktionsübergreifende Votum des Europäischen Parlaments, die laufenden Beitrittsverhandlungen mit der Türkei auszusetzen. Wir erwarten von der Europäischen Kommission, dass sie dieses Votum aufgreift und sogar noch weiter geht, indem sie die Verhandlungen nicht nur aussetzt, sondern stoppt.

(Beifall bei der CSU)

Europa steht vor der vielleicht größten Bewährungsprobe seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft. Die Kriege und Krisen dieser Welt treiben Millionen von Menschen in die Flucht. Viele suchen Halt in Europa. Natürlich sind Partner nicht immer einer Meinung. Aber echte Partner erpressen sich nicht. Wer mitten in einer solchen Herausforderung Vereinbarungen wie das EU-Türkei-Abkommen aus innenpolitischen Motiven, aus Eitelkeit und Egoismus aufkündigen will und die Kündigung dieses Abkommens als Drohung und zur Erpressung einsetzt, sagt doch klipp und klar: Europa, mit dir will ich nichts zu tun haben, es sei denn, du tanzt nach meiner Pfeife. Darauf kann unsere Antwort nur lauten: Europa darf sich nicht erpressen lassen.

(Beifall bei der CSU)

Seien wir doch ehrlich: Der Beitrittsprozess ist schon lange ins Stocken geraten. Von den 35 zu behandelnden Beitrittskapiteln wurde gerade einmal eines abgeschlossen, das Kapitel über Wissenschaft und Forschung im Jahr 2006. Es geht um nichts weniger als die glaubwürdige Vertretung unserer europäischen Werte. Der türkische Präsident Erdogan tritt nicht erst seit dem gescheiterten Putschversuch im Juli dieses Jahres rechtsstaatliche Grundsätze mit Füßen. Wie sieht die Realität aus? – Seit dem Putschversuch gilt der Ausnahmezustand. Das hat zur Folge, dass 36.000 Menschen in Untersuchungshaft genommen worden sind. Darunter befinden sich auch Journalisten und Oppositionspolitiker. Mehr als 75.000 Staatsbedienstete wurden entlassen oder suspendiert. Zehn Mitglieder der Großen Nationalversammlung wurden verhaftet. Sie gehören alle der Oppositionspartei HDP an. Türkische Diplomaten stellen Asylanträge in Deutschland. Meine Damen und Herren, rechtsstaatliches Handeln sieht anders aus.

Wie geht die Türkei mit den Menschenrechten um? – Der UN-Sonderberichterstatter untersucht seit vorgestern Foltervorwürfe gegen die Türkei. Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen sollen Häftlinge durch Schlafentzug, Schläge und sexuellen Missbrauch gefoltert worden sein. Erdogan plant außerdem die Wiedereinführung der Todesstrafe. Meine Damen und Herren, das passt nicht zu Europa. Wer in die Europäische Union will, muss europäische Regeln akzeptieren.

(Beifall bei der CSU)

Darüber hinaus sind grundsätzliche Fragen nicht geklärt. Wie sieht es mit der Anerkennung der Republik Zypern durch die Türkei aus? Wie geht die Türkei mit der kurdischen Minderheit im Lande um? Wie konkret sind die Pläne für ein Großosmanisches Reich, das Erdogan immer wieder thematisiert und in dessen Tradition er sich sieht?

Genauso durchsichtig sind die Manöver, die er in Deutschland fährt. Der Islamverband DITIB ist ein Verein, der unter der Aufsicht der türkischen Behörden steht. DITIB hat in

Deutschland Pro-Erdogan-Demonstrationen mitorganisiert. In Deutschland mussten türkische Bildungseinrichtungen geschlossen werden, weil Erdogan-Anhänger diese als Gülen-nah betrachtet und Druck ausgeübt haben. Der Kampf zwischen Erdogan-Gegnern und Erdogan-Befürwortern findet auch in Deutschland statt. Es kann nicht sein, dass dieser Konflikt in unserem Land und vor unserer Haustür ausgetragen wird, während wir gleichzeitig mit der Türkei Beitrittsverhandlungen führen und so tun, als gäbe es in der Türkei keine Probleme. Deshalb war unsere Forderung richtig: Keinen Flüchtlingsrabatt in der Visa-Frage. Der Türkei-Deal ist ein guter Plan B. Plan A muss jedoch sein, dass wir Europäer unsere Grenzen selber schützen. Gleichzeitig ist es wichtig, dass wir der Zivilgesellschaft in der Türkei und den bei uns lebenden Türken immer wieder sagen: Eine Türkei, die sich an europäische Regeln hält, ist für uns ein wichtiger und geachteter Partner. Eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU überfordert aber beide, die EU und die Türkei. Wir sagen deshalb seit Jahren Nein zur Vollmitgliedschaft, aber Ja zur privilegierten Partnerschaft. Zur Wahrheit gehört aber auch: Viele in Europa und Deutschland haben das anders gesehen mit dem Resultat, dass in dem Verhältnis EU – Türkei wertvolle Zeit verschenkt wurde. Ich gratuliere den GRÜNEN und der SPD zu ihrem neu gewonnenen Realitätssinn in dieser Frage. Ich muss aber auch sagen: Ein Aussetzen der Verhandlungen geht nicht weit genug. Das wäre unehrlich, auch gegenüber der Türkei.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sagen Sie das Ihrem Parteivize Weber!)

Das Signal muss vielmehr lauten: Stopp der Verhandlungen zum Beitritt. Stattdessen: Beginn der Gespräche über die privilegierte Partnerschaft. Ich möchte hier auch erwähnen: Die CSU muss in ihrer Türkeipolitik keine einzige Silbe zurücknehmen. Keine einzige.

(Beifall bei der CSU)

So lassen Sie uns heute gemeinsam ein Signal senden, das da heißt: Ja, wir wollen mit einer demokratischen rechtsstaatlichen Türkei Gespräche und Verhandlungen

über eine echte Partnerschaft führen. Was zur Zeit aber in der Türkei geschieht, das ist nicht akzeptabel. Es verlangt ein ebenso starkes Signal, das sagt: So geht es nicht weiter! – Europa darf sich nicht erpressen lassen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat Frau Kollegin Kamm vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Europäische Union ist die richtige Antwort auf zwei verheerende Kriege im letzten Jahrhundert. Sie ist die Antwort auf aggressiven Faschismus und Nationalismus, der vor allem von deutschem Boden aus Tod und Verderben über den Kontinent gebracht hat. Immer engere Zusammenarbeit in Europa muss verhindern, dass sich diese Geschichte wiederholt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Kolleginnen und Kollegen, Europa ist mehr als eine Zollunion. Europa ist ein Wertebündnis, weil sich nicht nur Krieg nicht wiederholen darf, sondern auch Faschismus und Diktatur.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aus gutem Grund hat die EU daher festgelegt, welche Voraussetzungen ein EU-Mitgliedstaat erfüllen muss. In den Kopenhagener Kriterien wurden unter anderem Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte und Schutz von Minderheiten festgehalten. Es darf daher gar keinen Zweifel daran geben, dass ein Land, das die Pressefreiheit abschafft, in dem Willkür statt Rechtsstaatlichkeit herrscht und das Minderheiten drangsaliert, nicht Mitglied der EU werden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es kann keinen Zweifel daran geben, dass die Türkei in ihrer derzeitigen Verfassung nicht Mitglied der EU werden kann. Die Beitrittsverhandlungen müssen erst einmal auf Eis gelegt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In dieser Situation können logischerweise keine Kapitel eröffnet werden. In dieser Situation muss unsere Solidarität all denen gelten, die derzeit verfolgt werden und verhaftet sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu gehören zehn Mitglieder der Großen Nationalversammlung der Türkei, dazu gehören über 150 Journalistinnen und Journalisten, und dazu gehören über 2.000 Richterinnen und Richter sowie Staatsanwälte sowie über 40.000 weitere Personen, von denen 31.000 nach wie vor in Haft sind und sich teilweise auch nicht anwaltlich vertreten lassen können. Ihnen muss unsere Solidarität gelten.

Ich muss aber auch ganz deutlich sagen: Wir halten nichts davon, eine EU-Mitgliedschaft auf ewig und für alle Zeiten, sozusagen für alle Zukunft, auszuschließen. Eine demokratische, rechtsstaatliche Türkei, die Minderheitenrechte achtet und die die Kopenhagener Kriterien erfüllt, hat logischerweise einen Platz in der EU. Diese Zusage aber, meine Kolleginnen und Kollegen, sind wir auch denjenigen schuldig, die jetzt in der Türkei Freiheit und Leben riskieren, um für Pressefreiheit und Demokratie zu kämpfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Oppositionspolitiker, Journalisten, zivile Bürgerschaft verdienen unsere Unterstützung. Sie brauchen eine Perspektive. Die dürfen Sie ihnen nicht verweigern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aus gutem Grund hat das Europaparlament deshalb auch mit den Stimmen der CSU-Abgeordneten beschlossen, die Gespräche über einen Beitritt der Türkei vorübergehend auszusetzen. Im Gegensatz zu dem Antrag, den Sie heute eingebracht haben, steht darin nicht, dass die Türkei niemals, für alle Zeiten nicht EU-Mitglied werden kann. Da steht – und das wurde mit Zustimmung der CSU beschlossen –, dass die Position von der EU überprüft wird, wenn Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte wiederhergestellt werden. Das ist ein guter Beschluss. Er zielt auf die Schaffung von Demokratie und Freiheit in der Türkei ab. Deshalb haben diesem Beschluss GRÜNE, SPD, CSU und – wie ich den Anträgen der Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN entnehme – auch diese zugestimmt.

Wir hier im Parlament, die GRÜNEN, die SPD und die FREIEN WÄHLER, aber auch alle Abgeordneten im Europaparlament, sehen es anders als Sie, wie Sie das hier in Ihrem Antrag skizziert haben. Es wäre wirklich sehr schade, meine lieben Kolleginnen und Kollegen der CSU, wenn die CSU im Europaparlament so sagt, hier in Bayern aber wieder einmal etwas ganz anderes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gerade in der Außenpolitik, meine Kolleginnen und Kollegen, sind Verlässlichkeit, Klarheit und Wertegebundenheit wichtig. All dies sehe ich in Ihren Versuchen, Außenpolitik zu betreiben, nicht. Sie pflegen enge Kontakte zur ungarischen Regierung, ohne auf das Einhalten von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit hinzuweisen oder sie anzumahnen. Sie hofieren das Königshaus Saudi-Arabiens, einen Staat, der als Terrorpate schlechthin gilt. An diesen Staat wollen Sie auch noch Waffen liefern.

(Klaus Steiner (CSU): Und was ist mit Kuba?)

Fragen Sie doch öfter einmal Ihre Europa-Parlamentarier um Rat. Lassen Sie sich erklären, warum ein vorübergehendes Aussetzen der Gespräche der richtige Weg ist, nicht aber ein abrupter, ein gänzlicher Abbruch, wie Sie ihn hier fordern. Mit Ihrer privilegierten Partnerschaft aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesem alten Hut,

den es seit den 70er-Jahren gibt, können Sie in der Türkei niemanden hinter dem Ofen hervorlocken. Ihre privilegierte Partnerschaft ist ein Zeichen des Abwehrens, des Zurücksetzens. Das bringt Sie nicht weiter. In der internationalen Politik ist Diplomatie gefragt, nicht Ideologie. Ziehen Sie deshalb Ihren Antrag zurück. Stimmen Sie unserem Antrag und den Anträgen der FREIEN WÄHLER und der SPD zu. Diese Anträge basieren auf dem, was die Kolleginnen und Kollegen im Europaparlament einstimmig beschlossen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bitte um Ihre Zustimmung zu allen Anträgen der Oppositionsfraktionen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat Herr Kollege Aiwanger von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen des Bayerischen Landtags! Wir diskutieren hier ein Thema, das uns alle massiv berührt. Keiner hätte geglaubt, dass es innerhalb Europas in so kurzer Zeit gelingt, eine Diktatur aus dem Boden zu stampfen, und zwar in einem Land, in das man bisher zum Urlaubmachen gefahren ist, das man schon auf dem Weg zur Weltoffenheit gesehen hat. Plötzlich aber werden dort Zehntausende Menschen festgesetzt, hinter Gitter gesteckt und offensichtlich auch misshandelt. Die Opposition wird ausgeschaltet, die Presse wird ausgeschaltet. Europa steht einigermaßen ratlos, um nicht zu sagen "bedeppert" vor der Situation. Für Deutschland gilt dies umso mehr, als man erst vor Kurzem mit diesem Land einen Flüchtlingspakt geschlossen hat und damit quasi das Schicksal der inneren Politik in die Hände eines Landes gelegt hat, das nicht der EU angehört. Damit hat man das politische Schicksal des inneren Zustands Deutschlands quasi einem Diktator in die Hand gegeben, der vor wenigen Tagen erst gesagt hat, wenn es ihm passen würde, dann würde er den Wasserhahn wieder auf-

drehen. Er meint damit, er möchte weitere Flüchtlinge auf den Weg schicken. Meine Damen und Herren, das zeigt auch, wie weit sich die Politik Deutschlands hier auf ein gefährliches Terrain begeben hat. Ich respektiere an dieser Stelle durchaus das Auftreten des Außenministers Steinmeier, ohne dass wir ihn deshalb als Bundespräsidenten unterstützen. Er hat sich trotzdem in der Türkei sehr deutlich zu Wort gemeldet und diese Fehlentwicklungen kritisiert.

Jetzt ist die Frage: Was können wir, was müssen wir als Abgeordnete des Bayerischen Landtags tun? Ich bin überzeugt: Wir müssen auf alle Fälle das tun, was wir in unseren Anträgen festgeschrieben haben: dieses Verhalten verurteilen. Aber mit dem Verurteilen ist es nicht getan. Wir müssen politische Aktivitäten erzwingen, soweit wir das können. Ich appelliere an Sie von der CSU, eine Schippe draufzulegen. Nur zu beschließen, dass der Bayerische Landtag etwas feststellt, wird in der Türkei sehr wenige interessieren. Das wird nicht einmal in der Bundesregierung, der Sie selber angehören, interessieren. Deshalb geht uns Ihr Antrag nicht weit genug.

Wir FREIEN WÄHLER erwarten durchaus, dass wir als Landtagsabgeordnete heute ein Signal senden und die Staatsregierung auffordern, sich im Bund und in der EU für das Ziel einzusetzen. Was liegt also näher, als dass Sie als Teil der Bundesregierung selbst tätig werden und Ihren Ministerpräsidenten auffordern, zu Frau Merkel zu sagen, sie möge hier deutlicher werden: Liebe Türkei, ein Aussetzen der Verhandlungen ist das Mindeste. – Das habe ich von Frau Merkel, die ja Ihre Kanzlerin ist, bisher nicht gehört. Das fehlt mir auch ganz deutlich in Ihrem Antrag. Wir müssen also heute als Bayerischer Landtag zumindest das Signal aussenden: Staatsregierung, geh nach Berlin und sag dort ganz deutlich; Deutschland muss sich dafür einsetzen, dass diese Verhandlungen ausgesetzt werden.

Ihr zweiter inhaltlicher Punkt kommt mir etwas kontraproduktiv vor. Ihr Redner sagt: Die EU-Beitrittsverhandlungen sollen wir beenden, aber wir sollen Verhandlungen über die wirtschaftlichen Beziehungen aufnehmen. – Meine Damen und Herren, sehr viel mehr will der Herr Erdogan ja gar nicht. Ob er wirklich in die EU will, will ich einmal

dahingestellt lassen. Ich glaube, er will in der Zwischenzeit lieber das Land nach seinem Gusto frisieren. Aber ihm liegt natürlich sehr viel daran, die wirtschaftliche Entwicklung in Gang zu halten, um Arbeitsplätze und Wachstum in der Türkei weiterhin zu sichern. Ich glaube, dort müssten wir ansetzen. Wir sollten also nicht sagen: Wir reden nicht mehr über den EU-Beitritt, aber wir führen große Verhandlungen darüber, wie wir wirtschaftlich besser zusammenarbeiten können. – Damit hat er, was er will. Wir müssen eher damit drohen, auch die wirtschaftlichen Beziehungen auf Eis zu legen. Damit ist ihm sehr viel eher beizukommen, als ihm nur damit zu drohen: Die EU-Mitgliedschaft wirst du nie bekommen; Hauptsache, der Rubel rollt.

Das geht mir nicht weit genug. Deshalb werden wir uns bei Ihrem Antrag enthalten und den Anträgen der Opposition zustimmen. Jedenfalls enthält der SPD-Antrag den Appell an den Bund. Die SPD, wenn auch nicht die SPD-Landtagsfraktion, ist Teil der Bundesregierung; der Wille ist zumindest da. Die GRÜNEN haben weitestgehend die EU-Resolution wiedergegeben. Es ist in Ordnung, dass man sie hier dokumentiert.

Noch einmal richte ich an Sie von der Regierungsfraktion meinen Appell: Ein Antrag mit dem alleinigen Inhalt, dass der Bayerische Landtag etwas feststellt, ist zu wenig. Der Bayerische Landtag muss die Bayerische Staatsregierung auffordern, nach Berlin zu gehen und zu Frau Merkel zu sagen: Frau Merkel, sag dem Herrn Erdogan: So nicht. Wir wollen die EU-Verhandlungen aussetzen, und wir wollen eventuell auch sagen, die wirtschaftlichen Beziehungen müssen überdacht werden. Wir dürfen nicht weiter nach dem Motto "business as usual" handeln, während im Hintergrund die Menschen weiter geköpft werden. Das darf nicht Sinn und Zweck der Übung sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Pfaffmann von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns alle über die Schwierigkeit der außenpolitischen Diskussion im Zusammen-

hang mit der Türkei einig. In schwierigen Zeiten gilt es, einen kühlen Kopf zu bewahren. Das will ich zuallererst sagen.

Eine zweite Weisheit: Frieden, Sicherheit und Wertevermittlung wurden noch nie erreicht, indem man die Muskeln spielen lässt.

Zum Dritten bemerke ich zu einem meiner Vorredner: Lieber Herr Dr. Huber, ich wäre an Ihrer Stelle vorsichtig mit starken Worten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wer über Monate hinweg demonstriert, dass er Ungarn hofiert, einen Staat, den wir auch nicht unterstützen wollen, und wer die Politik von Trump lobt, der ist kein glaubwürdiger Vertreter einer vernünftigen und inhaltlich fundierten Außenpolitik.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ohne Zweifel sind die aktuellen Vorgänge in der Türkei zu verurteilen. Es passt nicht in die Wertegemeinschaft der Europäischen Union, wie die Türkei derzeit agiert. Es passt nicht in die Europäische Union, wenn man Nichtregierungsorganisationen verbietet, Pressefreiheit einschränkt und Abgeordnete des Nationalrats verhaftet. Es passt nicht in die Politik der Europäischen Union, wenn nach wie vor über 35.000 Staatsbedienstete inhaftiert sind: Polizisten, Lehrerinnen und Lehrer, Richter und viele andere.

Das ist wahr; und hier stellt sich die Frage nach der Konsequenz. Die Konsequenz der CSU ist nicht neu; der Antrag zeigt es wieder: Die CSU will alle Brücken zur Türkei abbrechen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, fragen Sie sich, ob das Abbrechen von Brücken, das Beenden des Miteinander-Redens, das Beenden eines Dialogs letztendlich zum Erfolg führt. Daran habe ich große Zweifel. Deswegen werden wir Ihrem Antrag nicht zustimmen.

Wir wollen eine Politik der Diplomatie; wir wollen eine Politik des Miteinander-Redens realisieren; wir wollen eine Politik der europäischen Wertegemeinschaft vermitteln. Wir wollen in der Außenpolitik nicht eine Politik der Muskeln realisieren; denn was erreichen Sie denn, liebe Kolleginnen und Kollegen? Meinen Sie, Sie helfen den verhafteten Abgeordneten und den Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament? Meinen Sie, Sie helfen den Journalisten, die verhaftet worden sind? Meinen Sie, Sie helfen den Menschen, die sich in der Türkei um Demokratie bemühen? – Genau das Gegenteil ist der Fall. Eine Politik der Muskeln und starken Worte hilft ausschließlich dem türkischen Präsidenten in seinem Bemühen, die Demokratie in der Türkei abzubauen. Dafür sind wir nicht. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab. Sie helfen niemandem mit Ihrer Politik. Das ist auch völlig klar; denn Sie haben nicht die außenpolitische Dimension der Europapolitik im Blick. Sie haben nicht die außenpolitische Sichtweise; Sie haben lediglich eine innenpolitische Sichtweise. Sie wollen sozusagen den berechtigten Ärger der Menschen, auch der Wählerinnen und Wähler bei uns in Deutschland, aufgreifen. Das ist doch Ihr Ziel. Dabei ist es Ihnen scheinbar auch nicht so wichtig, ob es eine internationale europäische Dimension gibt oder nicht. Deswegen werden wir Ihrem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich halte es eher mit den Parteien im Europäischen Parlament. Sie haben in den letzten Tagen eine Entschließung verabschiedet, die eine vernünftige inhaltliche Positionierung festschreibt. Vielleicht nehmen Sie auch zur Kenntnis, dass Ihre eigene Partei daran mitgearbeitet und zugestimmt hat. Auch Herr Manfred Weber, Ihr Vertreter im Europäischen Parlament, ist sozusagen ein eher vorsichtiger Europapolitiker. Dazu rate ich auch Ihnen. Seien Sie in dieser Zeit eher zurückhaltend, aber ohne auf die Kritik zu verzichten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, wir müssen für alle Länder eine Europapolitik machen, die die Wertegemeinschaft Europa generiert. Ja, wir müssen auch die Türkei kritisieren. Ja, wir müssen die Menschen, die Opposition, die Verhafteten und diejenigen,

die in der Türkei im Gefängnis sind, unterstützen. Ja, wir müssen uns kümmern. Das alles geht aber nur gemeinsam. Das geht schon gar nicht aus dem weltbedeutenden bayerischen Parlament heraus. Das geht schon gleich gar nicht.

Ich würde Sie schon dazu auffordern wollen, Ihren Antrag zu modifizieren. Sie beantragen das Ende der diplomatischen Beziehungen zwischen der Türkei und der Europäischen Union. Das kann doch wirklich niemand wollen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Als nächste Rednerin hat die Staatsministerin Frau Dr. Merk das Wort. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Bilanz in der Türkei sieht zurzeit so aus: 110.000 entlassene Beamte und Lehrer, 36.000 verhaftete Menschen, 138 Abgeordnete, vor allem kurdischer Abstammung, deren Immunität aufgehoben wurde, verhaftete Journalisten und 170 geschlossene Redaktionen der Medien. In den letzten Monaten haben wir deutlich erlebt, dass die Türkei weit davon entfernt ist, die Beitrittskriterien der Europäischen Union und vor allen Dingen auch die Grundwerte der Europäischen Union zu erfüllen. Unsere gemeinsame Werteordnung funktioniert nicht ohne Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Minderheitenschutz. Das sind unsere Grundpfeiler. Darüber waren wir uns bereits auf der Klausurtagung des Kabinetts in Sankt Quirin einig. Dort haben wir bereits die Meinung vertreten, dass die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei gestoppt werden müssen. Das galt schon im Juli, und das gilt heute umso mehr.

Die Türkei ist für Beitrittsverhandlungen nicht bereit, sei es wegen der angekündigten Einführung der Todesstrafe, wegen abstruser Vorwürfe an den deutschen Außenminister, wir in Deutschland würden den Terrorismus befördern, oder auch wegen der permanenten Drohung, das Flüchtlingsabkommen platzen zu lassen und Ströme von Flüchtlingen nach Europa zu schicken. Martin Huber hat recht, wenn er sagt, echte

Partner erpressen sich nicht. Europa wird zum Feindbild stilisiert. Mit einer Politik, die ständig europäische Grundüberzeugungen verletzt, wird gezeigt, dass man kein ernsthaftes Interesse an Verhandlungen und an einem Beitritt hat. Da gebe ich Ihnen vollkommen recht. Wer es mit uns ernst meint und wer wirklich Teil der Europäischen Union werden will, der verhält sich anders. Deshalb gibt es nur eine logische Antwort an den Staatspräsidenten Erdogan, der die Türkei nicht näher an Europa heranführen will, sondern sie im Gegenteil entfernt: den sofortigen Stopp der Beitrittsverhandlungen.

(Beifall bei der CSU)

Zum Glück wird das in Deutschland nun zum parteiübergreifenden Konsens.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Aussetzen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte die Menschen, die sich in der Türkei für Demokratie einsetzen, nicht vergessen. Diese Menschen kooperieren mit uns offen und ehrlich und fühlen sich jetzt verloren. Viele Menschen in der Türkei sind ernsthaft an einer Zusammenarbeit mit uns interessiert. Das wird mir auf meinen Reisen in die Türkei immer wieder vor Augen geführt. Das sind auch die Menschen, die sagen: Leute, ihr müsst jetzt reagieren! Ihr könnt das so nicht hinnehmen! – Wir wollen reagieren.

Ich danke den türkischen und türkischstämmigen Mitbürgern für ihren großen Beitrag zur Erfolgsgeschichte Bayerns. Wir kritisieren die türkische Regierung, aber nicht die Menschen.

Ich möchte sehr deutlich sagen, dass die Türkei für uns ein sehr wichtiger Partner bleibt. Wir haben starke wirtschaftliche Beziehungen. Das haben Sie auch schon gesagt. Die NATO ist angesichts von Krieg und Terror im Nahen Osten heute wichtiger denn je. Wir brechen keine Brücken ab. Nein, wir werden selbstverständlich weiter im Gespräch bleiben. Wir müssen sogar intensiv Realpolitik betreiben. Das bedeutet, die

Partnerschaft auszubauen, miteinander zu sprechen, unsere Wirtschaftsunternehmen zu unterstützen, in der Visapolitik für wirtschaftspolitisch sinnvolle Lockerungen einzutreten, aber nicht für eine vollständige Visafreiheit. Damit kommen wir den Menschen entgegen.

Keinesfalls können wir einen politischen Rabatt gewähren oder falsche Hoffnungen auf eine Vollmitgliedschaft wecken. Damit würde Europa als Werte- und Rechtsgemeinschaft jede Glaubwürdigkeit verlieren.

(Beifall bei der CSU)

Nach den vielen Gesprächen möchte ich betonen, dass die Menschen es nicht verstehen würden, wenn wir keine klare Position beziehen würden. Deshalb werbe ich für Ehrlichkeit in der Debatte. Die Beitrittsverhandlungen müssen gestoppt werden.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Aussetzen!)

Setzen wir gemeinsam ein Zeichen für unsere europäische Werteordnung! Selbstverständlich wird ein hier gefasster Beschluss in Berlin nachdrücklich vertreten. Das muss nicht noch betont werden.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Staatsministerin, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Die Frau Kollegin Kamm hat sich zu Wort gemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin.

Christine Kamm (GRÜNE): Frau Europaministerin, Ihnen muss doch eigentlich daran gelegen sein, dass Europa Nachbarn hat, in denen Menschenrechte geachtet werden. Aber Sie wollen mit der Türkei verhandeln. Über was wollen Sie eigentlich mit der Türkei verhandeln? Sie sagen, dass es für die Türkei keinen Beitrittsstatus geben kann, und zwar für alle Zeiten, auf immer und ewig. Wieso wollen Sie dauerhaft die Gespräche stoppen, wenn Sie mit der Türkei in Verhandlungen bleiben wollen? Haben Sie ei-

gentlich die derzeitig von Erdogan Verfolgten gefragt, wie sie zu Ihrer Position stehen? Haben Sie mit denen schon gesprochen und Kontakt aufgenommen?

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): Liebe Frau Kamm, natürlich spreche ich mit den Menschen, mit denen ich in Kontakt komme. Natürlich möchte ich deren Meinung dazu hören. Das ist selbstverständlich. Ich denke, diese Menschen werden genauso wie wir hier im Hohen Haus unterschiedliche Meinungen haben. Die Menschen, die mit mir gesprochen haben, waren für eine klare Position gegenüber der Türkei. Sie haben deutlich gemacht, dass es so nicht weitergeht.

Ich möchte noch einmal betonen, dass ich nicht für einen Abbruch der Gespräche auf immer und ewig bin. Sie müssen gestoppt werden. Frau Kamm, Sie hören bei mir nirgendwo ein "auf immer und ewig". Ich habe gesagt: "gestoppt".

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Was heißt das?)

– Das heißt, mit dem Status als Beitrittskandidat muss Schluss sein. Das heißt, eine andere Lösung muss auf den Tisch. Im Moment gibt es keinen Anlass zu glauben, dass es in absehbarer Zeit zu weiteren Verhandlungen kommen könnte. Deswegen müssen wir deutlich sein und die Gespräche stoppen, nicht nur aussetzen oder eine Pause machen. Wir müssen deutlich ein Ende setzen. Für uns sind die Verhandlungen unter den gegebenen Umständen beendet. Wir werden andere Wege finden. Liebe Frau Kamm, dann wird es natürlich Gespräche, sowohl über die Menschenrechte als auch über die wirtschaftlichen Konditionen geben. Das ist ein Thema, das die Unternehmen in der Türkei genauso interessiert wie die Unternehmen bei uns. Wir müssen auch über Rückkehrmöglichkeiten für türkische Staatsbürger sprechen, die bei uns sind und im Moment nicht in ihr Heimatland zurückkehren können.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Staatsministerin, Herr Kollege Taşdelen hat sich zu Wort gemeldet. – Bitte schön, Herr Kollege.

Arif Taşdelen (SPD): Frau Staatsministerin, ich hätte eine ganz konkrete Frage: Teilen Sie die Bewunderung unseres Ministerpräsidenten für Herrn Putin, für Viktor Orbán und für Herrn Trump?

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): Herr Kollege, ich bewundere überhaupt niemanden, auch nicht in der Politik. Ich mag vielleicht für manche Leute Respekt haben. Im Moment geht es aber um die Frage, wie wir mit der Türkei umgehen und wie wir in der Zukunft gemeinsam Politik machen werden.

(Beifall bei der CSU)

Ich bewundere die Menschen in der Türkei, die sich für die Demokratie und für die Menschenrechte einsetzen.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Sie dürfen sich wieder setzen!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Staatsministerin, herzlichen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/14475 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CSU. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen! – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Ich komme zum nächsten Antrag. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/14495 – das ist der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN –

seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die Fraktion der CSU.

(Christine Kamm (GRÜNE): Sie stimmen gegen Ihre eigene Fraktion im Europaparlament!)

– Frau Kamm, wir befinden uns jetzt in der Abstimmung. – Ich frage nach den Stimmenthaltungen. – Keine. Dieser Dringlichkeitsantrag ist damit abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/14496 – das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind wiederum die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen damit zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/14497 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die Fraktion der CSU. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.